

Judith Schwarzburger

Ergebnisse der Arbeitsgruppe IV: Der Beitrag non-formaler Bildung für die beruflichen Perspektiven von benachteiligten Jugendlichen

Chester Morrison, Liverpool, Großbritannien

Katrin Lundmark, Skellefteå, Schweden

Prof. Salvatore Pirozzi, Neapel, Italien

José Alfaro, Granada, Spanien

Chester Morrison stellte die kommunale Strategie der Stadt Liverpool zur Beförderung der Beteiligung von Jugendlichen an politischen Entscheidungen vor. Grundlage sind nationale Bestrebungen, die Chancen junger Menschen zu verbessern. Der kommunalen Strategie liegt die Überzeugung zugrunde, dass Jugendliche keine „Konsumenten“, sondern „Gestalter“ politischer Entscheidungen sein sollen. Zunächst wurde daher versucht, Jugendliche unmittelbar in die Entscheidungen der zehn Gebietskomitees in Liverpool einzubinden. Diese Gremien bestehen aus Politiker/innen und Gemeindemitgliedern. Dabei hat sich gezeigt, dass eine Beteiligung von Jugendlichen durch den formalen Charakter dieser Gremien erschwert ist. Daher wurden aufgrund einer *politischen Entscheidung* – ebenfalls zehn – Jugendberatergruppen eingerichtet, in denen auch die Kommunalpolitiker/innen aus den Gebietskomitees vertreten sind. Diese Jugendberatergremien beraten die Gebietskomitees bei ihren politischen Entscheidungen insbesondere aus Sicht und zum Nutzen von Jugendlichen. Die Empfehlungen müssen von den Gebietskomitees umgesetzt werden und fließen in die kommunalpolitischen und die Entscheidungen der Stadtverwaltung ein. Ein weiteres zentrales Element der kommunalen Strategie sind die sog. „Youth Engagement Teams“, die aufgrund einer *fachlichen Entscheidung* von Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung nach einer Befragung von Jugendlichen eingerichtet wurden. Hier werden zur Zeit neun Jugendliche bis zu zwei Jahre beschäftigt, die andere Jugendlichen der Stadt innerhalb und außerhalb der bestehenden Strukturen unterstützen. Durch Erhebungen wird zunächst die Zufriedenheit der Jugendlichen mit den Serviceleistungen der Kommune untersucht. Ausgehend davon werden Probleme und Lösungsmöglichkeiten diskutiert und in die Entscheidungsgremien der Stadt transportiert. Darüber hinaus sind in dem Team z.Zt. 47 Streetworker vollzeitbeschäftigt, die die Jugendlichen an fünf Stunden pro Woche und verstärkt in den Schulferien aufsuchen und motivieren. Finanziert werden die Teams aus Mitteln der nationalen Regierung. Das Projekt muss nationale Standards erfüllen und z.B. eine bestimmte Quote von Jugendlichen erreichen. Der Stadtverwaltung kommt insoweit eine strategische Rolle zu, als sie für die Überwachung der Ergebnisse aber auch für das Knüpfen von Partnerschaften mit anderen Einrichtungen, die die gleiche Zielgruppe haben, und mit der Wirtschaft verantwortlich ist. Jugendarbeit in Liverpool – und damit insbesondere die geschilderten Anstrengungen zur Beförderung der Beteiligung von Jugendlichen an politischen Entscheidungen – wird als (non-formale) Bildung verstanden, die zum Erwerb sozialer, beruflicher und „demokratischer“ Kompetenzen beiträgt. So werden die Jugendlichen durch ihre Tätigkeit befähigt, weiterführende Ausbildungen (z.B. Studium) oder eine berufliche Tätigkeit (z.B. in der städtischen Jugendarbeit) aufzunehmen.

Katrin Lundmark berichtete über die Aktivitäten von „Urkraft“ in der Kommune Skellefteå im Norden Schwedens. „Urkraft“ betreibt ein bürgerschaftlich organisiertes Haus für Jugendliche. Dort sind ca. 40 Mitarbeiter/innen beschäftigt. Urkraft erreicht z.Zt. 150 Jugendliche. Ziel ist es, den Jugendlichen Fähigkeiten zu vermitteln, die sie in ihrer Schullaufbahn nicht erworben haben und die für eine Berufsorientierung benötigt werden. So können Jugendliche z.B. im eigenen Restaurant Kochen oder Kellnern lernen oder im eigenen TV-Sender Werbespots produzieren. Die Philosophie ist, dass Jugendliche als Wert und als Chance und nicht als Problem oder Belastung gesehen werden, so dass sich diese als wichtige Mitglieder der Gesellschaft verstanden fühlen. Finanziert wird das Projekt je nach der jeweils spezifischen Zielgruppe und Zielrichtung (Bildung und Betreuung für Kleinkinder, Berufsorientierung für Jugendliche o.a.) zum Teil aus Landes-, Bezirks- oder Stadtmitteln. Ein wichtiger Baustein des Projektes ist das Bewerbungstraining ACCESS. Dort werden mit den Jugendlichen ihre Fähigkeiten und Kenntnisse, aber auch ihre Schwächen herausgearbeitet, und Möglichkeiten diskutiert, diese Schwächen zu beheben und z.B. Bewerbungsgespräche simuliert. Danach erhalten sie die Gelegenheit, bei einer von ca. 200 beteiligten Firmen ein Praktikum zu absolvieren, das die Berufsorientierung unterstützt.

Salvatore Pirozzi beschrieb die Aktivitäten im Rahmen des „Chance-Projekts“ im Spanischen Viertel von Neapel. „Chance“ ist Teil eines nationalen Gesamtkonzeptes, das kommunal umgesetzt wird. Allein in Neapel gibt es drei „Chance-Schulen“. Diese „Schulen der zweiten Chance“ richten sich an Jugendlichen, die aus dem herkömmlichen Schulsystem „herausgefallen“ sind oder es vorzeitig verlassen haben. „Chance“ bietet z.B. Sprachkurse, Praktika und Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. Die Jugendlichen werden kostenlos gepflegt. Darüber hinaus können die Jugendlichen Beratung zu medizinischen Fragen oder Sexualfragen in Anspruch nehmen. Das wichtigste Ziel von „Chance“ ist die Vermittlung sozialer Kompetenzen. Dabei wird jedoch ein stark berufsorientierter Ansatz verfolgt. Das Konzept setzt stark auf die Beteiligung der Eltern. „Chance“ hat ein Portfolio der non-formalen Bildung entwickelt, welches mit der Kommune abgestimmt ist. Es ist beabsichtigt, den selbst erstellten „Lehrplan“ mit dem Bildungsministerium zu diskutieren. Finanziert wird „Chance“ aus Geldern der nationalen Regierung. Dabei finanziert das Bildungsministerium die Lehrerstellen und das Sozialministerium die Sozialarbeiterstellen.

José Alfaro stellte die Tätigkeiten des kommunalen Instituts für Ausbildung und Beschäftigung (IMFE) in Granada vor. Dieses verfolgt – stark unterstützt durch die Kommune – einen integrierten Ansatz, der die Planung, Instrumente zur Überprüfung der Wirkungen und die Beteiligung der Jugendlichen umfasst. Darüber hinaus hat das Institut ein lokales Netzwerk für non-formale Bildung initiiert. Auch hier wurde festgestellt, dass die Beteiligung von Jugendlichen nicht einfach zu erreichen ist, hier sei eine Änderung der kommunalen Politik notwendig. IMFE bietet für Jugendliche aus ganz Granada, die aus dem formalen Bildungssystem „herausgefallen“ sind, informelle Bildungsangebote. Diese reichen von Sport und Tanz bis zu Computer- und Internetkursen und der Möglichkeit, in einer Tischlerei zu arbeiten. Die Angebote haben einen stark berufsorientierenden Charakter. Informale Bildung wird zudem als Mittel der Beteiligung der Bewohner/innen in den Stadtteilen verstanden. So werden z.B. Jugendliche qualifiziert, damit sie später selbst über Fähigkeiten und Kenntnisse verfügen, die für die positive Beeinflussung ihres Stadtteils erforderlich sind. IMFE kann auf eine 14-jährige Erfahrung zurückgreifen. Eine wichtige Erkenntnis besteht darin, dass eine stärkere Zusammenarbeit zwischen der Jugendhilfe, der Schule, NGOs und anderen Akteuren erforderlich ist, um die Chancen der Jugendlichen zu verbessern. Weitere Erfolgsvoraussetzungen sind eine gute Planung sowie die Überprüfung und Messung der Ergebnisse, Elemente, die aber derzeit noch nicht hinreichend entwickelt sind. Auch aus diesem Grund ist IMFE Teil des Y.E.S.-Forums (Youth and European Social Work).

Zentrale Ergebnisse aus der Diskussion:

- Es wurde insgesamt deutlich, dass der Begriff der non-formalen Bildung in den einzelnen europäischen Ländern sehr unterschiedlich definiert wird. Zum Teil ist diese stark berufsorientierend ausgerichtet (z.B. Spanien, Italien). In einigen Ländern gibt es eine sehr geringe Anerkennung solcher Bildungsaspekte (z.B. Schweden).
- Auf der Ebene des Europarates werden zur Zeit Empfehlungen zur non-formalen Bildung erarbeitet, diese könnten durch die Hinweise der Teilnehmer/innen bereichert werden. Europäische Politik ist ohne gute Praxis in den Kommunen nicht denkbar, deshalb ist es so wichtig, dass diese auf dem Fachforum präsentiert und in die Gremien der EU transportiert werden.
- Die EU-Kommission startet Anfang 2006 die Pilotphase des europäischen Youth Pass. Eine Beteiligung der in den Berlin-Prozess involvierten Kommunen wäre dabei sehr interessant.
- Im Bereich der non-formalen Bildung ist eine starke Verantwortlichkeit der Kommunen anzustreben. Ihnen sollten Möglichkeiten zur Anerkennung non-formaler Bildung gegeben werden, z.B. durch Zertifikate. Dies würde auch zu einer stärkeren sozialen Anerkennung führen. Zur Zeit befassen sich die Bildungsminister/innen der europäischen Staaten mit dem Thema. Die jeweiligen Zuständigkeiten sind von Land zu Land sehr unterschiedlich.